

Annoncen =
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilselmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posen-Zeitung.

Zweihundachtzigster Jahrgang.

Mr. 752.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 27. Oktober.

Unter 20 Pf. die schrägespaltene Zeitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 25. Oktober. Der Kaiser hat im Namen des Reichs zum 1. Oktober d. J. nachstehende Ernennungen und Versetzungen Allergräßt zu vollziehen geruht: Ernannt sind: der Landgerichtsrath Jung in Straßburg zum Richter bei dem Ober-Landesgericht in Colmar, der Ober-Prokurator Mühlhaus in Saargemünd zum Direktor bei dem Landgericht in Straßburg, der Landgerichtsrath Krieger in Saargemünd zum Direktor bei dem Landgericht dafelbst, der Landgerichtsrath Mütcher in Straßburg zum Direktor bei dem Landgericht in Mühlhausen, der Staatsprokurator Weit in Meß zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Mühlhausen, der Staatsprokurator Böcking zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Saargemünd, der Friedensrichter Graf von Leubusig in Château-Salins, der Friedensrichter Dr. Lucas in Gebweiler, der Friedensrichter von Derschen in Wörth und der Friedensrichter Mandel in Albesdorf zu Staatsanwälten in Elsaß-Lothringen, der Friedensrichter Schiber in Meßernwiese zum Richter bei dem Landgericht in Saargemünd, der Friedensrichter Anton in Colmar zum Richter bei dem Landgericht dafelbst, der Staatsprokurator Dr. Pees in Mühlhausen zum Richter bei dem Landgericht dafelbst, der Friedensrichter Haas in Kaisersberg zum Richter bei dem Landgericht in Meß, der Staatsprokurator Hamm in Meß zum Amtsrichter dafelbst, der Friedensrichter Justizrat Klein in Forbach zum Amtsrichter in Diedenhofen, der Landgerichtsrath Breuer in Meß zum Amtsrichter in Straßburg, die Friedensrichter, Justizrat Busch in Niederbronn und Dr. Goldnering in Pfalzburg zu Amtsrichtern in Colmar, der Friedensrichter Simon in Habsheim zum Amtsrichter in Mühlhausen, der Friedensrichter Dubois in Berny zum Amtsrichter in Forbach, der Friedensrichter Syfert in Drulingen zum Amtsrichter in Niederbronn, der Friedensrichter Schmidt in Brumath zum Amtsrichter in Drulingen, der Friedensrichter Weber in Truchtersheim zum Amtsrichter in Brumath, der Friedensrichter Treiber in Horbach zum Amtsrichter in Kaisersberg, der Friedensrichter Dechler in Kursel zum Amtsrichter in Buchsweiler, der Friedensrichter Raeder in Wingenheim zum Amtsrichter in Gebweiler, der kommissarische Friedensrichter von Alten in Gebweiler zum Amtsrichter in Château-Salins, der Friedensrichter Heller in Rohrbach zum Amtsrichter in Wörth, der Garnison-Auditeur Kaufmann in Neu-Breisach zum Amtsrichter in Pfalzburg, der Friedensrichter von Megen in Lüzelstein zum Amtsrichter in Schlettstadt, der Garnison-Auditeur Bergsträßer in Küstrin zum Amtsrichter in Pforzheim und der Gerichts-Aktsellist Wüst in Gießen zum Amtsrichter in Lüzelstein. Versetzt sind: der Kammer-Präsident Schneider in Saargemünd als Direktor an das Landgericht in Colmar, der Landgerichtsrath Freiherr von Stengel in gleicher Eigenschaft an das Landgericht in Straßburg und der Staatsprokurator Vogt in Mühlhausen als Staatsanwalt an das Landgericht in Straßburg.

Der Landgerichts-Rath Broicher in Straßburg ist in Folge seiner Ernennung zum Landrichter in Bonn aus dem Justizdienste des Reichslandes ausgeschieden. Dem Landgerichts-Rath Weber in Colmar und dem Friedensrichter Thaler in Schlettstadt ist befuhs ihres Uebertritts in den großherzoglich hessischen Staatsdienst die Entlassung aus dem Justizdienste Elsaß-Lothringens auf Ansuchen ertheilt worden.

Der bisherige Buchhalter bei der Haupt-Buchhalterei des Finanz-Ministeriums, Busch, ist als Geheimer expedirender Sekretär und Kalkulator bei demselben, und der Zivilsupernumerar Strauss als Buchhalter bei der Haupt-Buchhalterei des Finanz-Ministeriums angestellt worden.

Am Gymnasium zum grauen Kloster in Berlin ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Eugen Bormann zum Oberlehrer genehmigt worden. Der ordentliche Lehrer Theodor Groß am Gymnasium zu Leobischütz ist zum Oberlehrer am Gymnasium zu Neisse ernannt worden.

Politische Übersicht.

Posen, 27. Oktober.

Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht folgende ministerielle Verfassung:

Im Verfolg meiner Bekanntmachung vom 20. d. Ms. werden die Herren Mitglieder der beiden Häuser des Landtages hierdurch ergeben davon in Kenntniß gesetzt, daß die Eröffnung des auf den 28. d. Ms. einberufenen Landtages an diesem Tage, Mittags 12 Uhr, im Weißen Saale des königlichen Schlosses erfolgen, und daß zuvor Gottesdienst um 11 Uhr im Dome für die evangelischen und um 11½ Uhr in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder stattfinden wird.

Berlin, den 25. Oktober 1879.

Der Minister des Innern:
Graf zu Culemburg.

Unmittelbar nach Konstituierung des Abgeordnetenhauses wird, wie man uns schreibt, demselben der Staatshaushalt für 1880 bis 1881 und außer einigen kleineren Entwürfen die sehr umfangreiche Vorlage über den Ankauf von Privateisenbahnen zugehen. Der Entwurf, betreffend die Reform der Verwaltungsbhörden ist noch nicht fertiggestellt und wird die Thronrede hierüber einen erläuternden Passus enthalten. Das Herrenhaus wird sich nach seiner Eröffnungssitzung sofort vertagen, um der Generalsynode noch Raum zu geben, die ihre Arbeiten bis Ende dieses Monats zu beenden gedenkt.

Die Bildung einer geschlossenen konserватiven Fraktion im Abgeordnetenhaus scheint immer noch keineswegs gesichert zu sein. Wenigstens drückt sich die „Kreuzzeitung“ darüber mit einer Zurückhaltung aus, die den Schluss zuläßt, daß der Sache doch erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen. In einer Zuschrift an die „Nord. Allgem. Zeitung“ will zwar ein „früher neu-konservativer Abgeordneter“ heutigen Tages nur noch einen einzigen erheblichen Unterschied zwischen Neu- und Alt-konservativen anerkennen, nämlich die Auffassung der kirchenpolitischen Frage. Allein einmal ist damit der Unterschied zwischen den beiden Fraktionen keineswegs erschöpft, und dann scheint uns

selbst dieser angeblich einzige Unterschied grade groß genug um eine Trennung zu begründen, in einer Zeit, wo die kirchlichen Fragen so im Vordergrund stehen, wie heute. Am allerwenigsten hat unserer Ansicht nach die Regierung und die ihr nahestehende Presse Ursache, diese Vereinigung zu befürworten. Das Nebengewicht in der vereinigten Fraktion würde, schon wegen der größeren Anzahl der Mitglieder, sodann aber auch wegen der größeren Energie, Fähigkeit und Klarheit der Parteiführer, ganz unzweifelhaft den Alt-konservativen zufallen, und damit könnte leicht wieder eine parlamentarische Macht entstehen, die sich ihrer Selbstständigkeit sehr wohl bewußt ist und sie unter Umständen, wie in früheren Jahren, auch gegen die Regierung geltend zu machen weiß. Recht lehrreich sagt die „Kreuzzeitung“ in einem Artikel, worin sie eine selbstständige, von dem zeitweiligen Ministerium unabhängige Organisation der konservativen Partei fordert: „Unsere Stellung zur Regierung ist zu bemessen nach unseren konservativen Grundzügen. Wir haben jetzt alle Veranlassung, die Regierung auf ihren konservativen Bahnen zu unterstützen. Sollte aber die Regierung etwa wieder dem Liberalismus folgen, so mafste die konservative Partei, wenn sie überhaupt auf den Namen einer selbstständigen Partei und auf politische Bedeutung Anspruch machen will, ihr sachgemäße Opposition machen“. Man sieht, die Herren fangen wieder an, sich zu fühlen, nachdem sie von 20 auf 70 Mandate gekommen sind. Die ultramontan-konservative Majorität kann noch gut werden, wenn die Regierung ihr nicht ganz und voll den Willen thut.

Die Audienz, um welche der Vorstand der General-Synode bei Sr. Majestät dem Kaiser nachgesucht hat, wird im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

Der Kultusminister von Puttkamer hat ein merkwürdiges Unglück mit seinen Reden; dieselben werden sämmtlich „falsch verstanden“ und „entstellt“ in die Welt posaunt, so daß jeder eine Anzahl von Berichtigungen nachgesandt werden müssen. Dies ist jetzt auch der jüngsten neueren Rede des Herrn Kultusministers widerfahren. Trotzdem würde man sich täuschen, wenn man die Stellung des Kultusministers als durch solche Vorommisse gefährdet ansiehe würde. Der „Magdebg. Ztg.“ wird darüber von gut unterrichteter Seite geschrieben:

Trotz des außerordentlichen Nachhalles, den die sensationelle Nachricht von dem Rücktritt des Kultusministers von Puttkamer gefunden hat, muß auf das Bestimmteste versichert werden, daß der Meldung jede positive Grundlage fehlt. Eben so wenig wie andere Minister einen Wechsel ihres Portefeuilles beabsichtigen, hat Herr v. Puttkamer an seinen Rücktritt gedacht. Desgleichen ist an maßgebender Stelle nicht im Entferntesten der Gedanke aufgetaucht, dem Kultusminister seinen Rücktritt nahe zu legen. Der Wechsel im Kultusministerium hat sich nicht plötzlich vollzogen, sondern mindestens zwei Jahre hindurch langsam vorbereitet. Wer die Einflüsse kennt, welche bei der eingetretenen Veränderung im Kultusdepartement schließlich den Ausschlag gegeben haben, für den bedarf es keiner Erklärung, daß ein neuer Wechsel sich nur unter den außerordentlichsten Umständen in nächster Zeit vollziehen könnte.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: „In gewissen Organen der hauptstädtischen Presse wird mit zuverlässlicher Stimme behauptet daß die Regierung geneigt sei, bei der Verstaatlichung der Rheinischen Bahn den Aktionären weitere Zugeständnisse zu machen. Man spricht von 2/5 p.C. und baut darauf Spekulationen. Und doch glauben wir das Richtige zu treffen, wenn wir diesen Mittheilungen nur den Wert von Wünschen und Hoffnungen der Spekulation beimesse. Es ist ja leider nicht zu verhindern — und das ist eine widerliche Zugabe bei der guten Sache —, daß die Spekulation wirkliche und von ihr gewünschte Verstaatlichungsprojekte auszubeuten sucht. Wäre solches aber zu verhindern — was wir bestreiten —, so hat jedenfalls die Regierung den besten Weg gewählt, indem sie für eine unverzügliche Veröffentlichung der von ihr geschehenen Schritte sorgt, damit nicht bei einem allmähligen Bekanntwerden der besser Informierte auf Kosten des Unkundigen Vortheil zieht. Mit der Veröffentlichung des Rheinischen Vertragsentwurfs und des bezüglichen Erlasses weiß nicht blos die Börse, sondern jeder, der die Zeitungen liest, wie die Sache steht. — Daz sich die Potsdam-Magdeburger Aktionäre besinnen würden, nachdem sie das Anerbieten der Regierung zuerst abgelehnt haben, wird wohl von vornherein Mancher als nicht unwahrscheinlich angesehen haben, irgend einer Anregung dazu seitens der Regierung bedurfte es wahrlich nicht und noch weniger für sie einer Mitwirkung der Börse. Die Vorgänge bei der Berlin-Stettiner Bahn sind noch in frischer Erinnerung. Ob die Aktionäre sich früher bestimmen oder später, kann ruhig abgewartet werden. Wir wiederholen aber bei dieser Gelegenheit unsere frühere dringende Mahnung zur Vorsicht in Bezug auf alle solche tendenziöse oder spekulative Ausstreuungen.“

In der „Hamburger Börsenalle“ beleuchtet Dr. Soetbeer die „gute Seite der Einstellung der deutschen Silberverkäufe“ und findet dieselbe darin, daß der überzeugende Nachweis geführt ist, wie nicht die deutschen Silberverkäufe die weichende Konjunktur des weißen Metalls hervor-

gerufen haben. Wir entlehnen seinen umfassenden Ausführungen folgende Stelle:

„Wir hoffen, daß die jetzt durch eine offenkundige Erfahrung erlangte Erkenntnis, von dem untergeordneten Einfluß der deutschen Münzreform auf die Silberentwertung dazu führen wird, daß nach einigen Monaten die allmähliche fernere Befestigung des noch unklarenden Reses der Silberthalter wieder aufgenommen wird, und zwar ohne im Auslande besondere Unzufriedenheit zu erwecken. Die schließliche Durchführung der deutschen Münzreform geschieht nicht zu Liebe einer münzpolitischen Theorie, sondern verfolgt nur praktische Zwecke im Interesse der Stabilität eines soliden und bequemen Geldwesens. Haben die Anhänger der Doppelwährung in den Vereinigten Staaten, in England und Frankreich die feste Überzeugung, daß die frühere normale Werthrelation zwischen Silber und Gold, 15,5 : 1, mittelst Münzverträge und Münzgesetze wiederherzustellen und hierdurch den jetzt so sehr beflagten Störungen und Nachtheilen der Silberentwertung abzuheben sei, so mögen sie doch Alles aufstellen, um die Regierungen und Landes-Bvertretungen jener Staaten zu solchen Maßregeln zu bestimmen, die deutsche Münzpolitik aber in Ruhe lassen. Denn nichts kann einleuchtender sein, als daß an dem Tage, an dem die Münzstätten in Philadelphia, London, Paris und Brüssel der unbeschränkten Ausmünzung von Silbercourant auf Grund einer Werthrelation von 15,5 für Rechnung von Privaten gegen mäßige Pragungsgebühren unbeschrankt geöffnet würden, der Silberpreis wieder nicht viel unter 60½ Pence stehen und die indischen Wechselsätze nahe an 23 Pence pro Rupie hinzuhanzen würden, und daß dies das Verhältnis sich nicht rasch wieder ändern könnte. Man schätzt den Vorraum an Währungsgeld im Vereinigten Königreich auf mehr als 2500 Millionen Mark in Gold, in den Staaten des lateinischen Münzvereins auf ungefähr 4000 Millionen Mark in Gold und 2300 Millionen Mark in Silber, und die Vereinigten Staaten werden vermutlich über 3000 Millionen Mark in Gold- und Silbermünzen für ihre inländischen Umfänge in Anspruch nehmen. Wir verhältnismäßig gering erscheint diesen wahrhaft enormen Beträgen gegenüber die Summe von 350 bis 400 Mill. Mark altes Silberurant, das Deutschland noch einzuziehen und zum Verkauf zu bringen hat, wovon eventuell noch 100 Mill. Mark oder selbst etwas mehr zurückzuhalten wären zur Ausprägung von Zweimarkstücken!“

Die Nachricht deutscher Blätter von dem Abschluß eines wirklichen Allianzvertrages zwischen Deutschland und Österreich erregt in Frankreich lebhafte Aufsehen, wenngleich sich dasselbe noch nicht in der Presse fund giebt. Man begegnet in politischen Kreisen vielfach Beurtheilungen der allgemeinen Lage, die nicht frei sind von Besorgnissen für eine nahe Zukunft, selbst bezüglich der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. — Die republikanische Presse beginnt wieder mit Einstimmigkeit die Frage der Ausmerzung der Beamten anzuregen und fordert, daß die Regierung entschieden alle als Nichtrepublikaner verdächtigen Beamten aus ihren Stellungen entferne. Das Wahlkomitee von Belleville beabsichtigt seinen Deputirten Gambetta vor eine anzuberaumende Wahlveranstaltung zu laden, um kategorisch Erklärungen betreffs der Amnestie von ihm zu verlangen.

Das „Mémorial diplomatique“ meldet, die Pforte werde jetzt die Insel Cypern definitiv gegen eine Geldentzädigung an England abtreten. Dasselbe Blatt läßt sich aus London schreiben, der König von Italien werde demnächst nach Berlin reisen. Wahrscheinlich werde der Kaiser von Russland gleichzeitig dort sein. Ähnliche Gerüchte zirkulieren auch in Berlin, doch dürfte die Bestätigung noch abzuwarten sein.

Die Motive zu dem Urtheil des schweizerischen Bundesgerichts im Stabio-Handel sind nun bekannt. Dieselben vereinen den politischen Charakter des Geschehens im Sinne des eigenständischen Strafgesetzes und stellen in Abrede, daß eine bemaffnete eidgenössische Intervention stattgefunden habe. Hinsichtlich des leichten Punktes berufen sie sich nach dem Erachten des bernier „Bund“ ohne alles Recht auf die Autorität des Bundesrathes, der selbst erklärt haben soll, der Stabio-Fall gehöre unter das gemeine, kantonale Recht. Zudem will das genannte Blatt von zuverlässiger Seite wissen, daß der Bundesrat bereit gewesen wäre, ein eidgenössisches Strafverfahren einzuleiten, wenn von Seite des Bundesgerichts die Bundesjustiz als kompetent erklärt worden wäre. Der erste Eindruck des Spruches des Bundesgerichts in der Stabio-Affaire scheint in liberalen Kreisen im Tessin ein niederschmetternder gewesen zu sein. Der „Republikano“ schreibt am 21. d. M.: „Der Eindruck, welchen die Nachricht von dem Entscheide des Bundesgerichtes über den blutigen Stabio-Handel im Tessin hervorgebracht hat, war über alle Beschreibung peinlich. Dieser Entscheid überläßt der einen Partei die furchtbare Berechtigung, über die andere zu Gericht zu sitzen. Es ist gewiß, daß der Liberalismus von dem Stabio-Prozeß an das Wiedererwachen seiner alten Unbezähmbarkeit fühlen muß, und unmöglich, dem Begräbnis der tessinischen Ehre ruhig beizuwohnen. Der Liberalismus behält sich vor, später zu denjenigen Maßregeln zu schreiten, welche er seiner Würde und seinen Traditionen angemessen erachtet.“

Langsam und schlepend werden in Konstantinopol die Verhandlungen der griechisch-türkischen Grenzregulirungskommission weiter geführt, ohne das ein positives Resultat bislang abzusehen ist. In der am Freitag abgehaltenen zweiten Konferenz verlassen, wie „W. T. B.“ meldet, die türkischen Kommissare ein Memorandum, welches gegen die von dem berliner Kongresse angedeutete Grenzregulirungslinie mehrere gewichtige Einwendungen erhebt und damit schließt, daß diese Linie

wesentliche Änderungen erfahren müsse. Sodann wurde auch von den griechischen Kommissaren ein Memorandum verlesen, in welchem eine von der in dem Berliner Kongressprotokolle ange deuteten Grenzlinie wesentlich verschiedene Grenzregulierung vorgeschlagen wird. In einer Diskussion wurde abermals nicht eingegangen. Der Tag für die nächste Konferenz ist noch nicht bestimmt.

Die amtliche Zeitung Rumäniens veröffentlicht das Gesetz betreffend die Revision des Artikels VII. der Verfassung. Die Journale konstatiren, daß die Bevölkerung überall „sehr befriedigt ist“ über die Art, in der die Lösung der Judenfrage erfolgt ist.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 26. Oktober. [Zu den „Enthüllungen.“] Herr v. Puttkamer. Die freie Advokatatur. Ob der Reichskanzler entzückt davon sein wird, daß der Kultusminister in seiner effener Banketrede gewissermaßen als Gewährsmann der Enthüllungen der „Köln. Ztg.“ über die wiener Verhandlungen aufgetreten, muß dahingestellt bleiben; es gab heute manchen, der behauptete, der effener Toast werde Hrn. v. Puttkamer das Portefeuille kosten, da der Kanzler in Sachen der auswärtigen Politik „keinen Spaß verstehe“. Warten wir das ab; als sicher kann man vorherhand ansehen, daß der Ursprung jener Enthüllungen in hiesigen Regierungskreisen zu suchen ist und daß die Gewährsmänner wenigstens überzeugt waren, nicht gegen des Fürsten Bismarck Intentionen mit ihren Mittheilungen zu handeln. Ob es dabei mehr darauf abgesehen war, in dem Hellsdunkel, in welchem solche „Enthüllungen“ stets gehalten werden, zu politischen Zwecken Einiges von den Wiener Abmachungen vor den Blicken der Welt vorübergleiten zu lassen, oder ob der Hauptzweck war, die That sache zu publizieren, daß Fürst Bismarck die Kabinetsfrage stellen müsse, um die Genehmigung des Kaisers zu erlangen — darüber kann man verschiedener Meinung sein. Unrichtiges mag in jenen Mittheilungen im Einzelnen wohl enthalten sein; in solchen Fällen wird eine Zuthat von Incorrectheit oft an der ursprünglichen Quelle absichtlich beigegeben, um nicht zu viel zu verrathen, und außerdem ergibt sich, da solche Enthüllungen erst durch mehrere Hände gehen, bevor sie an ihre Adreße gelangen, leicht auch durch Irrthum irgend einer Schieflheit der Darstellung. Dass eine solche so weit vorhanden war, als es den Anschein gewann, das deutsche Reich hätte sich der englischen Orient-Politik als Gerichtsvollzieher zur Verfügung gestellt, haben wir bereits vor einigen Tagen hervor; eine bekannte, hochoffiziöse berliner Stimme in der Wiener „Polit. Korresp.“ hat es seitdem bestätigt. — Gestern von einer Tribüne der Generalsynode aus Herrn v. Puttkamer über das Verhältnis von Kirche und Schule reden zu hören, war höchst interessant und ein anschaulicher Kommentar zu dem Dementi, welches die „Kreuztg.“ gestern Abend gegen eine angebliche Behauptung, der Kanzler habe dem Kultusminister seine Missbilligung des Auftretens des letzteren ausgesprochen, brachte. Wir haben eine solche Behauptung in der Presse nicht bemerkt; jedenfalls wird die „Kreuztg.“ infofern Recht haben, als eine so direkte Kundgebung der Missbilligung nicht erfolgt, es wäre denn, daß sie den sofortigen Bruch herbeizuführen bestimmt wäre. Aber um trocken überzeugt zu sein, daß Herr v. Puttkamer gute Gründe zur Vorsicht hat, brauchte man ihn gestern nur zu sehen und zu hören: es war unverkennbar, wie er an sich hielt, wie er sich zwang auferlegte, um den Referenten der Synode nicht oratorisch in die Arme zu fallen. Herr v. Puttkamer unterscheidet sich von dem ehemaligen Kultusminister von Mühlner, dem er in den Tendenzen so nahe kommt, äußerlich sehr stark: Mühlner war eine kalte, trockne Natur, während Herr v. Puttkamer, wie er gegen Andere liebenswürdig auftritt, auch eine unverkennbare Freude an sich selber hat, sich gern sprechen hört u. dergl. Einigermaßen ist ein solches Naturell einer berechnenden Taktik hinderlich; dennoch scheint es, als würden die Liberalen bei Herrn v. Puttkamer auf eine Wiederholung der Methode stoßen, deren sich Herr v. Mühlner in den letzten Jahren seiner Amtsführung bediente: bei zähem Festhalten an der eigentlichen Tendenz seiner Politik den Angriffen durch gelegentliches Einlenken die Spitze abzubrechen; die gestrigste Rede mache, wie vorher die verschiedenen Dements seiner Neuerungen, diesen Eindruck. Allerdings gehört zum Handhaben jener Methode der letzten Jahre Mühlner's eine große Geschicklichkeit und vollständige Beherrschung aller Ressortangelegenheiten. — Während man von der Freigabe der Advokatatur einen enormen Zuwang neuer Anwälte besonders nach Berlin erwartet hatte, haben sich bei dem hiesigen Landgericht I. im Ganzen etwa 40 neue Anwälte niedergelassen, und dieses, das den Bezirk des ehemaligen Berliner Stadtgerichts umfaßt, kam in erster Reihe in Betracht. Auch einschließlich derjenigen, welche sich bei dem Landgericht II. und dem Kammergericht haben einschreiben lassen, wird die Gesamtzahl der neuen Berliner Anwälte nicht den vierten Theil der 3—400 erreichen, von denen vor dem 1. Oktober die Rede war. Vielleicht hat das Gericht gerade dadurch, daß es übertrieb, günstig gewirkt, den Zuwang vermindert. Hat die Sache in anderen großen Städten sich ähnlich entwickelt, dann dürfte die Besorgnis vor einer, die Würde des Anwaltstandes herabdrückenden Konkurrenz sich als unbegründet erweisen.

Der Justizminister Dr. Leonhardt hat, dem Vernehmen der „Kr. Z.“ nach, aus Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand seine Verabschiedung nachgesucht.

Das Eisenbahnunglück bei Heidelberg am 14. Oktober hat nicht nur, wie seiner Zeit hervorgehoben wurde, in weiten Kreisen peinliches Aufsehen erregt, sondern auch die Aufmerksamkeit in verstärktem Maße auf die Ursachen der neuerdings so häufig wiederkehrenden Unfälle gelenkt. Die Nachricht, der betreffende Lokomotivführer hätte in trunkenem Zustande sich einer groben Fahrlässigkeit schuldig gemacht, schien allerdings

um so eher geeignet, den Fall genügend zu erklären, als jener in seinem Schuldbewußtsein sich das Leben genommen. Nachträglich ist man indeß dieser Version sehr energisch mit der Behauptung entgegentreten, der Lokomotivführer wäre ein Opfer der Überanstrengung im Dienste geworden. Der Unglückliche, heißt es, hätte seit dem 10. Oktober in ununterbrochenem Dienste gestanden und wäre während dreier Nächte nicht zu Bett gekommen. Er habe sich auch geweigert, dem Anfassen, die vierte Nacht für einen anderen Führer Dienst zu leisten, zu folgen, hätte aber schließlich dem kategorischen „Muß“ des Werkführers nachgegeben. Ferner wird behauptet, daß die Signallaternen entfernt gewesen seien, und sogar die Bahnwärter ihre eigenen Stalllaternen benutzt hätten u. a. Wir würden von dergleichen Anführungen keine Notiz nehmen, wären dieselben nicht der ebniglich württembergischen Eisenbahndirektion erheblich genug erschienen, um dieselben zu bementieren. Eine Zuschrift derselben an die „Kreisg. Ztg.“ lautet wie folgt:

Mehrere Blätter bringen in Bezug auf das Eisenbahn-Unglück in Heidelberg die Nachricht, daß ein bei der Beerdigung des Lokomotivführers Hohl in Eßlingen anwesender anderer Lokomotivführer ausge sagt habe, daß Hohl schon drei Nächte Dienst gethan und am 13. d. M. Abends sich geneigert habe, weiteren Dienst zu thun. Außerdem sei bezeugt, daß Hohl 26 Tage ununterbrochen im Dienste gestanden sei, ohne außer Thätigkeit gekommen zu sein. Wie das uns vorliegende Todesbuch des Hohl ausweist, sind diese Behauptungen gänzlich unwahr. Nach dem Inhalt desselben hatte Hohl am 6. d. M. 18 Stunden, am 7. 20 Stunden keinen Dienst zu thun, am 8. war er 6 Stunden außer Dienst, vom 9. auf 10. 12 Stunden, vom 10. auf 11. 10 Stunden, am 11. in Mühlacker 4 Stunden dienstfrei, vom 11. auf 12. hatte er 6 Stunden Nachtruhe, am 12. 4 Stunden frei, vom 12. auf 13. 6 Stunden Nachtruhe in Stuttgart, dann im Laufe dieses letzten Tages eine Leerfahrt von Stuttgart nach Bruchsal zu machen, sowie mit halbstündiger Pause 8 Stunden Rangordnung auf der Zwischenstation Bretten zu leisten, hierauf hatte er in Bruchsal 4 Stunden frei ehe er die Führung eines Güterzuges übernahm. Allerdings hätte Hohl nach der ordentlichen Diensteintheilung den Zug 319 nicht zu führen gehabt und er bekam diesen Dienst vom Bruchsaler Werkführer nur deshalb zugewiesen, weil der im Roster dazu bestimmte Führer im Umzug von Bruchsal nach Eßlingen begriffen war, gerade wie für Hohl ein anderer Führer den Dienst übernahm, als er den Umzug seiner Familie bewerkstelligte. Auch ist es nach den Berichtigungen des Werkführers in Bruchsal nicht wahr, daß sich Führer Hohl geneigert habe, den Güterzug 319 nach Stuttgart zu übernehmen. Als ihm der Werkführer der Werkstatt Bruchsal auf eine Bemerkung über ein treten die Er müdung die Sachlage auseinandergeht, erklärte Hohl, er sehe selbst ein, daß es nicht anders gebe, um übernahm bereitwillig die Führung des Zuges. Von einer Überbelastung des p. Hohl kann nach den angeführten Thatsachen doch wohl keine Rede sein; übrigens ist es unvermeidlich, daß über einige verkehrstreiche Herbstwochen hie und da eine stärkere Inanspruchnahme des Maschinen- und Fahrpersonals stattfinden muß.

Diese Rechtfertigung erscheint in mehrfacher Beziehung doch sehr bedenklich. Schon das Dienstableau macht für den regelmäßigen Dienst sehr hohe Anforderungen. Was aber den Extra-dienst zur Vertretung des im Umzuge begriffenen Kollegen anlangt, so scheint dabei das Moment, daß die Verwendung eines übermüdeten Lokomotivführers das Leben des Zugpersonals wie der Passagiere schwer gefährdet, gar nicht beachtet zu sein. Das heißt doch Sparsamkeit über auf Kosten der Sicherheit. Über das Fehlen der Signallaternen schweigt das amtliche Schriftstück gänzlich. Sollte man annehmen, daß mit Rücksicht auf die am nächsten Tage stattfindende Übergabe der Bahnstrecke an Baden bereits mit Wegräumung des Betriebsmaterials begonnen sei, ehe noch der Betrieb eingestellt war? Die Verantwortung der Bahnverwaltung für den Eisenbahnunfall scheint uns danach keineswegs beseitigt.

Petersburg, 21. Oktober. Der Kaiser hat unter dem 17. Oktober in Anlaß des 25. Jahrestages der ersten im Krimkriege erfolgten Beschiebung Sewastopol den General-Adjutanten Todleben, welcher sich bekanntlich bei der elfmonatlichen Vertheidigung dieses Plazos sehr auszeichnete, in den Grafenstand des russischen Reiches erhoben. Dem Admiral Nowossilski ist aus dem gleichen Anlaß der Andreas-Orden verliehen worden. Beiden hochgestellten Militärs sind mit diesen Verleihungen sehr huldvolle Handschriften des Monarchen zugegangen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 27. Oktober.

r. [Polizeipräsident Standy] hat gestern eine mehrjährige Urlaubsreise angetreten.

r. [Oberlandes-Gerichts-Präsident v. Kownowski] ist gestern Vormittag nach Berlin gereist.

r. [Zur Erinnerung an die Kapitulation von Metz] sind heute die militärischen Gebäude unserer Stadt und der Rathaussturm mit Fahnen geschmückt.

r. Der Kommers alter Corpsstudenten aus Stadt und Provinz Posen, dessen wir bereits neulich erwähnten, fand Sonnabend Abends unter Beteiligung von etwa 55 Kommilitonen in der hiesigen Arndt'schen Kolonnade statt; dieselbe war zu diesem Behufe mit zahlreichen Fahnen in den Farben sämtlicher auf deutschen Universitäten existirenden Corps, sowie mit photographischen Gruppenbildern dieser Verbindungen geschmückt. Unter den Anwesenden befanden sich viele ehemalige Corpsstudenten aus Posen, Bromberg, Thorn, Gnesen und anderen Städten der Provinz, sowie je zwei Vertreter der Lusatia, der Silesia und der Marcomania aus Breslau; die beiden ältesten Corpsstudenten waren: der Oberamtmann Thünig mit 90, und der Geh. Justizrat, Corps-Auditeur Romalski (Pojen) mit 85 Semestern. Das Hoch auf den Kaiser brachte Rechtsanwalt Kleinme (Pojen) aus. Es wechselten sodann zahlreiche Freunde mit Toasten; unter den Liedern fand besonderen Beifall ein von einem ehemaligen Corpsstudenten, jetzigen Hauptmann für das Fest gedichteter Lied. Justizrat Hauptmann v. Schirp (Posen) brachte ein Hoch auf die Gäste von außerhalb aus, welches vom Rechtsanwalt Weiß (Breslau) erwiedert wurde; Justizrat Rabe (Posen) gedachte der verstorbenen ehemaligen Corpsstudenten. 11½ Abends wurde der „Landesvater“ in althergebrachter Weise gesungen. Im Laufe des Abends gingen mehrere Begrüßungs-Telegramme aus Bromberg, Leipzig und Breslau ein. Das schöne Fest endete erst in früher Stunde.

Aufschrift der Postsendungen nach fremden Ländern. Das General-Postamt hat wiederholt auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die Aufschriften auf Briefen u. s. w. nach fremden, insbesondere überseeischen Ländern mit lateinischen Schriftzeichen abzu-

fassen. Da die deutschen Schriftzeichen den fremdländischen Postanstalten unbekannt sind, so werden mit derartigen Aufschriften versehene Briefe z. in den betreffenden Ländern häufig als unbestellbar behandelt und nach den Aufgabeorten zurückgesandt.

Kellner-Verein. Das Vereinswesen dehnt sich immer mehr auf alle Berufsarten aus. In Bromberg hat sich, wie man uns von dort schreibt, ein Kellner-Verein konstituiert; derselbe hat es sich zur Aufgabe gestellt, beschäftigungslose Vereinsmitglieder zu unterstützen, Stellen zu vermitteln und gesellige Vereinigungen zu veranstalten. Der Verein soll ferner die Hebung der Standesinteressen und die Vertretung der Standesvereine sich zur Aufgabe machen. Zu diesem Zwecke soll aus Vereinsmitgliedern ein Ehrengericht gebildet werden.

S. Wreschen, 20. Oktober. [Beurlaubung.] Der Landrat des hiesigen Kreises, Freiherr v. Seiditz, hat einen vierzehntägigen Urlaub angetreten und wird während seiner Abwesenheit von dem tgl. Kreissekretär Schulz vertreten. — Am vergangenen Mittwoch wurde der Gutsbesitzer Kirsch aus Oblatzkow unter Klängen der Trauermusik, von der Gnesener Militärapotheke ausgeführt, und Begleitung des hiesigen Landwehrvereins und der Schützengilde, auf dem hiesigen evangelischen Kirchhofe beerdigt. Der Verstorbene war eine Reihe von Jahren in hiesiger Stadt als Stadtverordneter, Magistrats- und Schulvorstandsmitglied thätig und hat sich in diesem seinen Wirken sehr verdient um die hiesige Stadt gemacht. — In diesen Tagen wurden aus dem Tschöischen Legate drei arme Knaben und drei Mädchen bekleidet. — Um vorvergangenen Sonntag Abends 7 Uhr brannte zu Berkow der Feuerofen des Grundbesitzers Wegner nieder. Wie vermutet, liegt hier eine absichtliche Brandstiftung vor und nur der glücklichen Windrichtung ist es zu danken, daß das Feuer nicht die nahestehenden Scheunen erfaßt hatte. — Nach der am 7. Oktober hierseit stattgehabten Viehzählung hatte Wreschen 168 Pferde und 137 Stück Rindvieh aufzuweisen. In den Kreisen Wreschen, Plestchen, Niednau und Schildberg sind für jeden Guts-, Gemeinde- und Stadtbezirk Rindviehregister in zwei Exemplaren anzulegen. Diese Register haben die Behörden in deutscher Sprache aufzustellen und nach gegebenen Vorschriften zu führen. In die Register ist nach Anleitung des Formulars der gesammte Rindviehstand mit Ausnahme der Kälber eines jeden Vieh haltenden Gemeindemitgliedes einzutragen, desgleichen jeder Ab- und Zugang unter Beifügung des Namens und Wohnortes des Käufers resp. Verkäufers, infofern der Kauf oder Verkauf nicht auf Märkten geschieht, was in dem Register zu vermerken ist. Die Führung der Register von Seiten der Orts- und Gutsvorstände auf dem Lande unterliegt der Überwachung durch die Distrikts-Kommisarien oder Viehreviseure, so wie überall der außerordentlichen Revision der Grenz- und Kreisärzte und der Gendarmen. Jeder Vieh haltende Wirth ist verpflichtet, alle Veränderungen in seinem Viehstand innerhalb 24 Stunden dem Ortsvorstande zur Anzeige zu bringen. In allen Stadt-, Guts- und Gemeindebezirken, in welchen Viehregister geführt werden, sind von den Schlächtern und Viehhändlern Viehbücher zu führen, in welche jedes von ihnen angekauft Vieh einzutragen ist. Die Ursprungsatteste sind unter Angabe des Transportes und Zweckes mit einer Gültigkeitsdauer nach dem vorhandenen Bedürfnis von höchstens 8 Tagen auszustellen. Für Rindvieh, welches auf Märkte aufgetrieben wird oder welches auf der Eisenbahn versendet werden soll, sind die Ursprungsatteste in der Regel nur mit einer Gültigkeitsdauer von nicht über 3 Tagen auszustellen und sind zurückzuliefern, falls der Verkauf auf dem Markt oder die Versendung auf der Eisenbahn unterbleibt. Im Falle eines Ankaufs eines Kindes und dessen Einstellung in einen Reviseurbereich muß das ausgestellte Ursprungsattest innerhalb der Meldefrist von 24 Stunden dem Ortsvorstande zur Beichtigung des Viehregisters ausgehändigt werden. Zu widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 30 Mark oder verhältnismäßiger Haft bestraft. Der hiesige Kreis ist in 47 Vieh-Reviseurbereiche eingeteilt.

G. Rastek, 22. Oktober. [Naheimart.] Der heutige vom Wetter wenig begünstigt gewesene Martini-Jahrmarkt war nur mäßig besucht und der geschäftliche Umtauf daher nur gering. Der Auftrieb auf dem Pferdemarkt war zwar ziemlich stark, der aufgetriebene Viehstand jedoch nur von schlechter Qualität. Das Geschäft hierin war nur geringfügig und läuft verhältnismäßig nur wenige Geschäfte zum Abschluß. Hobeln, die sonst hier in großer Zahl zu Markte gebracht werden, waren diesmal nur schwach vertreten und auch die Nachfrage danach war unbedeutend, da sich wenige auswärtige Pferdehändler eingefunden hatten und keinen Bedarf zu haben schienen. In Rindvieh wurde etwas mehr gehandelt und auch Einiges von auswärtigen Viehhändlern aus dem Markte genommen, aber dennoch wollte das Geschäft nicht recht in Fluss kommen, weshalb auch die Preise gedrückt blieben. Händler aus der Gegend von Baruth in der Mark kaufte ca. 50 Kühe, welche sie nach der Mark schickten. Die Preise waren 40 bis 50 Thlr. pro Stück.

G. Wrotschen, 20. Oktober. [Seuer.] In der Nacht von gestern zu heute wurden wir durch Feuerlärm erstickt. Es war nämlich in der Mühle des Mühlensitzers Scheewe von hier Feuer ausgebrochen, welches so schnell um sich griff, daß auch die angrenzenden Wirtschaftsgebäude, ein Speicher und Stallgebäude des Kaufmann Casparius nebst einem bedeutenden Lager von rohen Fellen, sowie sämtliche Wirtschaftsgebäude des Kaufmanns Roman Paysderski nebst vielen Futter- und Holzvorräten und ein massives Stallgebäude des Ackerwirths Szickerst ein Raub der Flammen wurden. Den angestrengten Bemühungen der hiesigen Feuerwehr, welche sofort zur Stelle war, ist es zu danken, daß das Feuer nicht weiter um sich griff, da sonst das ganze Stadtviertel dem verheerenden Element zum Opfer gefallen wäre. Leider ist auch ein junger Mensch, Schmiedegesell Podlindenski von hier, der bei der letzten Aushebung zur Garde bestimmt wurde, bei dem Brande um's Leben gekommen, während er sich beim Retten beteiligte und mit dem Zimmergesellen Kunz einem der brennenden Gebäude so nahe kam, daß beide unter die Trümmer des einstürzenden Gebäudes gerieten. Den sofort im Augenblick der Gefahr hinzugezogenen Herrn Rentier Wilhelm Gatzmar und Niemeister Schönborn von hier gelang es mit Gefahr ihres Lebens die Verunglückten aus den brennenden Trümmern hervorzuziehen, wobei Herr Gatzmar sich selbst eine Brandwunde zugezogen hat. P. starb jedoch unter den grauslichen Schmerzen nach Verlauf von 4 Stunden. K., der auch bedeutende Brandwunden davon getragen, hofft man am Leben zu erhalten. Versichert war Scheewe nur mit den Gebäuden und erleidet einen bedeutenden Schaden, da ihm fast sein ganzes Inventar und größere Getreide-Vorräte auf der Mühle verbrannt sind. Die übrigen Beichädtigen sollen mit ihrem Inventar, jedoch bedeutend unter dem wirklichen Werthe verichert gewesen sein, so daß auch ihnen ein namhafter Schaden erwächst. An lebendem Vieh ist außer mehreren Geflügel auch ein Pferd des Kaufmanns Jacobsohn verbrannt. Über die Entstehungsart des Feuers ist nichts Bestimmtes bekannt geworden.

Staats- und Volkswirtschaft.

△ Stettin, 25. Oktbr. [Wochenbericht von Landschoff u. Hesse.] Der Getreidehandel wird anhaltend durch die newyorker Notirungen beeinflußt, und je nachdem diese höher oder niedriger, werden auch bei uns die Preise regulirt. Die Spekulation hat bisher günstig à la Haussé gerichtet und jede Steigerung in Newyork bringt uns neue Käufer für große Posten. Die Läger werden jedoch trotz der erheblichen Steigerung fast überall größer und ein rascher Rückschlag dürfte kaum auf sich warten lassen. Die Preise für Weizen schwanken hin und her, wir sind heute reichlich für Termine 12 M. niedriger, als am Mittwoch. Bezahlt wurde gelber M. 220—233, rumänischer und russischer M. 200—220. Für Roggen fehlt Kauflust. Benachbarte Mühlen können sich in Berlin billiger versorgen, als hier, da die Berliner Haushalte erheblich unter Terminen abgeben, um Ware fortzuschaffen. Russland hält sich ziemlich passiv. In den Ostseehäfen sind

erhebliche Quantitäten gelagert, die noch zur Verschiffung kommen. Bezahl wurde inländischer Roggen M. 155—164, russischer M. 145 bis 155. Gerste matter, Angebot und Nachfrage gleich klein. Hafer bei starkerem Angebot aus Ruhland stark gewichen. Erbsen ohne Zufuhr. Rüben und Rüböl matt und niedriger, der leistungsfähige Avance ist vollständig verloren gegangen. Spiritus folgte den Schwankungen des Getreidemarktes und schließt nach anfänglicher weiterer Steigerung bei starkem Angebot matt und niedriger.

Frankfurt a. M., 25. Oktober. [Die Generalversammlung der Aktionäre der Lothringer Eisenwerke nahm den Bericht des Aufsichtsraths, sowie die Bilanz für das mit dem 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr entgegen, genehmigte den Abschluß und ertheilte dem Vorstande die Charge.

Köln, 26. Oktober. [Die Direktion der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre auf einen der ersten Tage des Monat Dezember d. J. einzuberufen und in derselben zu befürworten, daß das Gebot von 6 Prozent Rente abgelehnt, dagegen eine solche von 7 Prozent angeboten werden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 25. Oktober. Reichsrath. Bei der Generaldiskussion über das Eisenbahngesetz trat Prinz Ludwig dem Antrage des Ausschusses entgegen, indem er das Eisenbahngesetz für unvollendet erklärte und betonte, daß bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen nur die absolut nothwendigen Linien gebaut werden möchten. Der Minister Pfeffner dankte dem Prinzen für seine Erklärung, hielt aber daran fest, daß auch für die Linien Cham-Gotteszell und Neumarkt a. R.-Landshut Kredite eröffnet würden. Bei der Spezialdiskussion wurde zunächst der Artikel 1 der Vorlage einstimmig abgelehnt. Genehmigt wurde der Bau der Linien Wiesau-Riedritz, Dinkelsbühl-Feuchtwangen und die Fortsetzung der Hochstadt-Stochheimer Bahn über Ludwigstadt an die Landesgrenze. Abgelehnt wurden die Linien Neumarkt-Landshut, Neustadt-Bischofsheim, Cham-Gotteszell und Gmünd-Hammelburg. Die Linie Poedking-Passau wurde genehmigt und sodann der ganze Artikel angenommen. Die Linie Lautereder-Kaiserslautern wurde abgelehnt, dagegen wurden die Verbindungsbahn Bisch-Saargemünd, ferner die Linie Zweibrücken-Saargemünd-Saaralben genehmigt. Schließlich wurde der ganze so modifizierte Gesetzentwurf angenommen. In der nächsten Sitzung, welche am Dienstag stattfindet, soll die Vorlage betreffend den Zuschlag zur Malzsteuer zur Berathung gelangen.

Baden-Baden, 24. Oktober. Der russische Domänenminister Waluijef ist mit seiner Gemahlin heute hier angekommen.

Baden-Baden, 25. Oktober. Ihre Majestät die Kaiserin Augusta ist heute Nachmittag 1½ Uhr nach Koblenz abgereist, der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden gaben derselben bis Sas das Geleite.

Wien, 25. Oktober. Melbungen der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel: Das in der geitigen Konferenz über die griechisch-türkische Grenzregulirungsfrage verlesene türkische Memorandum führt aus, daß der nach dem 13. Protokolle des berliner Kongresses bei der Türkei verbleibende Theil von Thessalien und Epirus ohne Küsten und ohne Verkehr sein würde, was zur Abtretung von Thessalien und zu Aufständen in Epirus führen müßte. Eine dauerhafte Sicherheit zwischen der Türkei und Griechenland sei nur durch eine wesentliche Änderung der auf dem berliner Kongresse vorgezeichneten Grenzlinie möglich. — Das sodann verlesene griechische Memorandum schlägt eine beinahe ganz Thessalien und den größten Theil von Epirus umfassende Grenzlinie vor. — Aus Cettinje von heute: Die Albanezen griffen von Kula Dschambja aus montenegrinische Wachtposten an. Der Kampf dauerte bis Mitternacht. Später fielen etwa hundert Türken in Bragovitz ein. Zwei montenegrinische Bataillone erhalten den Befehl, Belika zu nehmen und wird dort ein Kampf erwartet. — Aus Belgrad: Die von verschiedenen Zeitungen gebrachten Versionen über Verhandlungen wegen eines serbisch-bulgarischen Schutz- und Trutz-Bündnisses werden von der serbischen Regierung auf das Entchiedenste dementirt.

Wien, 25. Oktober. Der vom Abgeordnetenhaus zur Vorberathung der Bosnien betreffenden Regierungsvorlage niedergesetzte Ausschuß hat den Beschuß gefaßt, vor Erittritt in die meritorische Debatte der Vorlage erst die Regierung aufzufordern, über die Motion der Vorlage, sowie über die gegenwärtige Verwaltung Bosniens und der Herzegowina Aufschluß zu geben und über die bisherige Finanzbeharrung, die Zivilverwaltung und das Landesbudget die bezüglichen Ausweise vorzulegen. Im Wehrausschüsse beantwortete Minister Horst die an ihn gerichteten Fragen über die Präsenzstärke des Heeres, über die Zweckmäßigkeit einer Herabsetzung der Präsenzdienstzeit, so wie über das Stärkeverhältniß anderer Armeen gegenüber Österreich. Seine nächste Sitzung wird der Wehrausschuß erst abhalten, nachdem das Exposé des Finanzministers ihm vorgelegen hat, in welchem der Ausschuß Aufklärungen über die in der Thronrede erwähnten Ersparungen beim Armeebudget erwartet.

London, 24. Oktober. Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Simla von heute: Nach dem Shutargardan sind englische Truppen in Marsch gesetzt worden. Die Ghilzais haben sich in starker Anzahl vereinigt, man befürchtet, daß sich dieselben dem Marsche der Engländer entgegen stellen könnten. Kabul ist ruhig, aber zwischen Khurd Kabul und Djagdallak sammeln sich viele eingeborene Stämme an. Hayar Dorafht (?) ist von ihnen besetzt. General Bright ist in Jellalabad, General Gough in Gundamak angekommen.

London, 25. Oktober. Dem „Standard“ wird aus Kandahar vom 23. d. Mts. gemeldet: Der Gouverneur von Khelat-Ghilzai, welcher sich seit dem Einzuge des Generals Hughes in diese Stadt den Engländern immer freundlich geführt gezeigt hatte, hat die Stadt plötzlich mit seinem gesamten Generalstab verlassen. Über die von demselben eingeschlagene Richtung verlautet noch nichts.

London, 25. Oktober. Ein Telegramm aus Kapetown vom 15. d. meldet, daß zur Stillung leichter unter den Boers ausgebrochener Unruhen Oberst Lampson mit einem Detachement Dragoner nach Middleburg abgegangen ist.

Belgrad, 24. Oktober. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret des Fürsten, durch welches die National-Skupschta auf den 13. November nach Niš einberufen wird. — Die Erstwahlen sind im Sinne der Regierung ausgefallen. — Die bischöfliche Synode ist unter dem Vorsitz des Metropoliten Mihalio zusammengetreten.

Bukarest, 25. Oktober. In der heutigen gemeinsamen Sitzung der Kammer verlas der Minister des Innern, Cogalniceanu, eine Botschaft des Fürsten, durch welche die Revisionskammern in gewöhnliche legislative Kammer umgewandelt werden. Sodann wurde in dem Senate von dem Kriegsminister ein von einer Namensliste begleiterter Antrag eingebracht, nach welchem in Gemäßheit des Gesetzes über die Revision des Art. VII. der Verfassung das Indigenat en bloc allen Israeliten zuerkannt werden soll, welche an dem Unabhängigkeitskriege teilgenommen haben, wodurch das neue Gesetz die erste Ausführung erlangt. Nachdem hierauf die Dringlichkeit für diesen Antrag beschlossen worden war, zogen sich die Sektionen des Senats zur Berathung zurück. — Heute Abend soll die Sitzung wieder aufgenommen werden.

Seit der Botirung des Revisionsgesetzes durch die Kammer gehen zahlreiche individuelle Gesuche um Naturalisierung ein. Die hervorragendsten in Rumänien wohnenden Israeliten sollen die ersten gewesen sein, welche sich den Verpflichtungen des neuen Gesetzes unterworfen haben.

Bukarest, 25. Oktober. Senat. Nachdem die Sitzung wiederaufgenommen worden war, gelangte der Bericht über den Antrag auf Gewährung der Naturalisation an alle Israeliten, welche bei der Fahne gedient haben, zur Verlesung. Sodann wurde der Antrag ohne Debatte mit 33 gegen 3 Stimmen angenommen. 2 Senatoren hatten sich der Abstimmung enthalten. Die dem Antrage beigelegte Liste umfaßt alle Israeliten, welche in dem der ursprünglichen Vorlage der Regierung beigelegt gewesenen Verzeichnisse aufgeführt waren, mit Ausnahme von zwei. Das gegenwärtige Gesetz bereit die neuen Bürger von der Zahlung der 200 Frs. betragenden Taxe für das Naturalisationsdiplom. — Die Deputirtenkammer war heute nicht beschlußfähig.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Breslau.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bekanntmachung.

Der auf den 28. Oktober d. J., Vormittags 11 Uhr, in Wengewo bei Budewitz anberaumte Versteigerungs-Termin ist aufgehoben.

Kajet,

Gerichtsvollzieher bei dem Königlichen Amtsgericht Budewitz.

Heute Abend Pökelfleisch.

F. W. Mewes.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 25. Oktober. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,34. Pariser do. 80,47. Wiener do. 172,80. R.-M.-St.-A. 142,8. Rheinische do. 1,88. Hess. Ludwigsb. 79,5. R.-M.-Pr.-Anth. 132,5. Reichsanl. 96,5. Reichsbank 153,5. Darmst. 136,5. Steininger 8,82. Ost.-ung. Bl. 72,00. Kreditaktien*) 231,5. Silberrente 60,5. Papierrente 58,5. Goldrente 80,5. Ung. Goldrente 82,5. 1860er Loose 123,5. 1864er Loose 208,00. Ung. Staatsl. 183,50. do. Ostb.-Obl. II. 73,5. Böh. Westbahn 163. Elisabethb. 149. Nordwestb. 114. Galizier 206,5. Franzosen*) 228,5. Lombarden*) 66,5. Italiener —. 1877er Russen 89. II. Orientanl. 60,5. Zentr.-Pacific 108,5. Nach Schlüß der Börse: Kreditaktien 231. Franzosen 228,5. II. Orientanl. 60,5. Galizier —. Ungar. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo

Frankfurt a. M., 25. Oktober. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 230,5. Franzosen 228,5. Lombarden —. 1860er Loose 123,5. Oester. Goldrente 70,5. Ungarische Goldrente —. II. Orientanl. —. österreichische Silberrente 70,5. III. Orientanl. —. Fest.

Wien, 25. Oktober. (Schluß-Course.) Fest, aber ohne Bewegung, schließlich durch Geschäftslosigkeit theilweise mäßig abgeschwächt. Papierrente 68,45. Silberrente 69,90. Oester. Goldrente 81,05. Ungarische Goldrente 96,124. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 127,50. 1864er Loose 157,75. Kreditloose 168,00. Ungar. Prämien 105,00. Kreditaktien 266,50. Franzosen 264,75. Lombarden 78,00. Galizier 239,75. Kasch.-Oderb. 113,25. Pardubitzer —. Nordwestbahn —. Elisabethbahn —. Nordbahn 229,00. Österreich. Bank 837,00. Türk. Loose 20,00. Unionbank 93,50. Anglo-Austr. 134,80. Wiener Bankverein 137,00. Ungar. Kredit 255,00. Deutsche Plätze 57,10. Londoner Wechsel 117,25. Pariser do. 46,25. Amsterdamer do. 96,60. Napoleons 9,32,5. Dukaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 57,77. Russische Goldnote 1,24,5. Wien, 25. Oktober. Abendbörsie. Kreditaktien 267,30. Franzosen 264,75. Galizier 239,75. Anglo-Austr. 134,75. Lombarden 78,25. Papierrente 68,42,5. Österreichische Goldrente 81,10. Ungar. Goldrente 96,10. Marknoten 57,70. Napoleons 9,32,5. Nordbahn —. Nordbahn 2287,50. Fest.

Wien, 26. Oktober. (Privatverkehr.) Kreditaktien 266,90. Franzosen 264,70. Galizier —. Anglo-Austr. 134,70. Papierrente 68,40. Oester. Goldrente 81,05. ungar. Goldrente 96,02,5. Marknoten 57,70. Napoleons 9,32. Geschäftlos.

Florenz, 25. Oktober. 5 p.C. Italienische Rente 90,57. Gold 22,76. **Paris**, 25. Oktober. Sehr fest, aber ruhig. 3 proz. amortisierte Rente 83,85. 3 proz. Rente 82,15. Anleihe de 1872 117,72. Italien. 5 proz. Rente 79,30. Oester. Goldrente 70,00. Ungar. Goldrente 84,5. Russen de 1877 92,5. Franzosen 577,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 177,50. Lombardische Prioritäten 259,00. Türk. de 1865 11,57,5.

Credit mobilier 71,5. Spanier exter. 15,5. do. inter. 14,5. Suezkanal-Aktien 700. Banque ottomane 516. Societe generale 537. Credit foncier 1052. Egypte 245. Banque de Paris 862. III. Orientanl. 62,5. Türkloose —. Londoner Wechsel 25,29.

Paris, 26. Oktober. Boulevard-Berlehr. Anleihe von 1872 117,67,5. Italiener 79,17,5. ungar. Goldrente 84,5. 1877er Russen 92,5. III. Orientanl. 62,5. Egypte 244,00. Ruhig.

London, 25. Oktober. Consols 97,5. Italien. 5 proz. Rente 78,5. Lombarden 7,5. 3 proz. Lombarden, alte —. 3 proz. do. neue —. 1 proz. Russen de 1871 86,5. 5 proz. Russen de 1872 85,5. 5 proz. Russen de 1873 88,5. 5 proz. Türk. de 1865 11,5. 5 proz. fundierte Amerikaner 105,5. Oester. Silberrente 60,5. do. Papierrente 60. Ungar. Goldrente 83,5. Oester. Goldrente 69. Spanier 15,5. Egypte 48,5. Silber 52,5. Platzdienst 1,5 p.C.

Aus der Bank floßen heute 10,000 Pf. Sterl.

Petersburg, 24. Oktober. Wechsel auf London 25,5. II. Orientanl. 90,5. III. Orientanl. 90,5. New York 25. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80,5. C. Wechsel auf Paris 5,23,5. 5 p.C. fundierte Anleihe 103,5. 4 p.C. fundierte Anleihe von 1877 102,5. Erie-Bahn 41,5. Central-Pacific 110,5. New York Centralbahn 126,5.

Produkten-Course.

Danzig, 25. Oktober. (Getreide-Börse.) Wetter: trübe aber milde. — Wind: S-W. Weizen loco fand am heutigen Marte etwas mehr Kauflust und bessere Kauflust als gestern und wurden voll behauptete Preise bewilligt. Bezahl ist für bezogen 126 Pf. 202 M. bunt und hellfarbig 116—120 Pf. 200—224 M. schmal aber hellfarbig 119 Pf. 220 M. hellbunt 123—129 Pf. 221—234 M. hochbunt 128 Pf. 230 M. 131 Pf. 235 M. 130,31 Pf. 242 M. 132,3 Pf. 248 M. weiß 121 Pf. 220 M. alt hellbunt 128 Pf. 238 M. pro Tonne. Russischer ohne Zufuhr und Angebot. Termine fanden Kauflust, es fehlte aber Angebot Oktober-November 226,5 M. bez. April-Mai Transit 238 M. Br. 236 M. Gd. Regulierungspreis 228 M.

Roggen loco nachgebaut, besonders für schwere Ware. Verkauft ist inländischen nach Qualität 121 Pf. 161 M. 122 Pf. bestellt 157 M. 122,5 Pf. 162,5 M. 123 Pf. 163 M. 124 Pf. 164 M. 125,5 Pf. 165 M. 126 Pf. 164, 166 M. 126,7 Pf. 164,5 M. 127 Pf. 167 M. 128 Pf. 166 M. per Tonne. Termine unterpolnischer April-Mai Transit 170 M. Br. 162 M. Gd. Regulierungspreis 157 M. unterpolnischer 160 M. — Gerste loco in den Mittelgattungen matter, große 106 Pf. 150 M. kleine 110,1 Pf. 175 M. 113 Pf. 174 M. kleine 107,8 Pf. 153 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen loco Koch 156, 158 M. per Tonne. — Spiritus ohne Angebot.

Köln, 25. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00. fremder loco 23,50. pr. November 22,50. pr. März 24,35. Roggen loco 18,00. pr. November 16,30. pr. März 17,30. Hafer loco 14,00. Rüböl loco 29,20. pr. Oktober 28,80. Mai 29,60.

Bremen, 25. Oktober. Petroleum ruh. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,00. pr. November 8,00. pr. Dezember 8,10. pr. Januar-März 8,20.

Hamburg, 25. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, auf Termine fester. Roggen loco fest, auf Termine fester. Weizen per Oktober-Nov. 236 Br. 235 Gd. per April-Mai 240 Br. 239 Gd. Roggen per Oktober-November 161 Br. 160 Gd. per April-Mai 168 Br. 162 Gd. Hafer fest. Rüböl ruhig, per Oktober 56,5. per Mai 58,5. Spiritus fest, per Oktober 47,5 Br. per November-December 47,5 Br. per Dezember-Januar 47,5 Br. pr. April-Mai 47 Br. Kaffee sehr fest, Umtas 5000 Sac. Petroleum behauptet, Standard white loco 8,10 Br. 8,00 Gd. per Oktober 8,00 Gd. per November-December 8,00 Gd. — Wetter: Schön.

Bpest, 25. Oktober. (Produktenmarkt.) Weizen loco und Termine geschäftslos. Preise nominell, per Frühjahr 15,15 Gd. 15,20 Br. Hafer per Frühjahr 7,50 Gd. 7,55 Br. Mais per Novbr. 7,25 Gd. 7,40 Br. — Wetter: Trübe.

Amsterdam, 25. Oktober. Bancajin 55.

Amsterdam, 25. Oktober. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen pr. März 347. Roggen pr. Oktober 195. pr. März 204.

Antwerpen, 25. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen fest. Hafer gefragt. Gerste steigend.

Antwerpen, 25. Oktober. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinerie, Type weiß, loco 19,5 bez. u. Br. pr. November 19 bez. 19,5 Br. pr. November-December 19 bez. 19,5 Br. pr. Januar-März 20 Br. Ruhig.

Paris, 25. Oktober. Produktensmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Oktober 33,00. pr. November 33,25. pr. November-Februar 33,50. pr. Januar-April 33,75. Mehl fest, pr. Oktober 71,50. pr. November 72,00. pr. November-Februar 72,50. pr. Januar-April 73,0

